

07.10.2026 | Tierschutz

Annabell Krämer zu TOP 23 "Regionale Schlachtstrukturen sichern"

In ihrer Rede zu TOP 23 (Regionale Schlachtstrukturen sichern – Tiertransporte verkürzen) erklärt die tierschutzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Annabell Krämer**:

„In Würde leben und in Würde sterben“. Das klingt vielleicht nach einem ungewöhnlichen Anspruch an die Nutztierhaltung, aber ich finde, genau darum muss es uns gehen – artgerechtes Leben und Verschonung von unnötigem Leid. Wir halten gewisse Tiere, um sie am Ende zu schlachten und weiter zu verarbeiten. Und darum haben wir auch eine besondere Verantwortung für eben diese letzte Phase ihres Lebens. Für uns Freie Demokraten ist es selbstverständlich, dass jeder Transportweg so kurz wie möglich ist. Dieses Thema haben wir hier schon öfter gemeinsam behandelt haben.

Aber nicht nur uns liegt Tierwohl am Herzen, sondern ich bin der festen Überzeugung, auch die Landwirte wünschen sich kurze Transporte für ihre Tiere. Im Zuge dessen möchte ich darauf hinweisen, dass es mehr als schade ist, dass die Landesregierung es nicht geschafft hat, die von uns Freien Demokraten erkämpften Haushaltsmittel unter die Landwirte zu bringen. Und was heißt dann „Schlachtbetriebe und Strukturen gezielt weiter fördern“ aus Ihrem Antrag? Wenn Sie die Mittel, für die wir uns eingesetzt haben, unter Schwarz-Grün erst nicht zum Abruf gebracht und nun komplett gestrichen haben, wie bitte sieht diese weitere Förderung aus? Diese Antwort bleiben sie schuldig!

In Schleswig-Holstein gibt es immer weniger regionale Schlachtmöglichkeiten – aktuell sind es rund 80 Schlachtbetriebe und 2018 waren es noch über 100. Immer mehr Landschlachtereien schließen – häufig wegen fehlender Nachfolger oder steigender, nicht handelbarer Kosten.

Gleichzeitig konzentriert sich die Schlachtung auf zunehmend größere Standorte und das auch außerhalb unseres Landes. Und das bedeutet eben längere Wege, weniger regionale Strukturen und mehr Stress für die Tiere. Ein Tier, das den größten Teil seines Lebens auf einem landwirtschaftlichen Betrieb verbracht hat, sollte nicht ausgerechnet am Ende seines Lebens stundenlang quer durchs Land gefahren werden müssen, nur weil die nächste geeignete Schlachtmöglichkeit fehlt. Tierwohl darf nicht am Hoftor enden! Das haben wir Freien Demokraten auch in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht.

2023 haben wir hier im Landtag mit unserem Antrag zur lückenlosen Beachtung des Tierschutzes bei Schlachtungen für eine verpflichtende, datenschutzkonforme Videoüberwachung von Schlachthöfen gekämpft. Warum? Weil wir davon überzeugt sind: Wer Verantwortung übernimmt, muss auch hinschauen. Es geht um regionale Wertschöpfung und handwerkliche Schlachtbetriebe. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass wir regionale Strukturen erhalten sollten, solange sie wirtschaftlich tragfähig und tierschutzgerecht sind.

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den Gedanken, kleine und mittlere Schlachtbetriebe bei notwendigen Investitionen zu unterstützen. Denn wenn wir es schaffen, die Schlachtung näher an den Ort der Tierhaltung zu bringen, dann reduzieren wir sowohl die Transportwege als auch den Stress und die Wartezeiten für die Tiere.

Aber – und auch das gehört zur Wahrheit – wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, dass der Staat jede regionale Struktur dauerhaft subventionieren kann und soll. Förderung darf kein Ersatz für wirtschaftliche Tragfähigkeit sein. Wir brauchen moderne, effiziente und zugleich tierschutzgerechte Schlachtstrukturen – auch für die Zukunft. Dazu gehört auch die vom SSW geforderte Bestandsaufnahme: Wo fehlen Kapazitäten? Welche Betriebe könnten modernisiert werden? Wo sind mobile Lösungen sinnvoll? Und wo können bestehende Strukturen besser ausgelastet werden? Bevor wir Geld verteilen, sollten wir wissen, wo das Geld tatsächlich den größten Unterschied für Tierwohl und regionale Landwirtschaft macht.

Tierschutz beginnt für mich mit einer einfachen Frage: Wie behandeln wir ein Lebewesen, das von uns abhängig ist? Tiere sind von uns abhängig, wir sind für sie verantwortlich. Und deshalb sollten wir auch den letzten Weg eines Tieres mitdenken. Dieser sollte so kurz, so stressarm und so tierschutzgerecht wie möglich sein. In Würde leben. In Würde sterben.

Liebe Koalition, Ihr Alternativantrag ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Das Wort „Ernährungsnotfallvorsorge“ steht im Zusammenhang mit dem Ernährungssicherstellungs- und vorsorgegesetz. Dort wird im ersten Abschnitt eine Vorsorgekrise definiert. Dazu zählen der Spannungs- oder Verteidigungsfall sowie eine Naturkatastrophe. Es ist richtig, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie wir uns in einem möglichen Katastrophenszenario selbst versorgen können. Aber wer te Kolleginnen und Kollegen, heute geht es um Tierwohl und nicht um den „Operationsplan Deutschland“. Das ist mal wieder eine schwarz-grüne Nebelkerze, um davon abzulenken, dass Tierschutz wie gewohnt keinen Platz in der Koalition hat.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Annabell Krämer

Sprecherin für Finanzen, Haushalt, Sport, Tierschutz, Tourismus, Frauen,
Gleichstellung

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de